

GEGEN DEN INFLATIONS-ALBTRAUM

WIR FORDERN MEHR ENTLASTUNG!





EVENTS

kartenstelle.oegb.at

DINOLAND - FAMILIEN-ERLEBNIS-PARK

bis 30. Oktober 2022 | Schloss Katzenberg

Interaktiv und pädagogisch wertvoll! Ab diesem Jahr können kleine und große Gäste T-Rex, Triceratops und Co. auf Schloss Katzenberg besuchen. Mit dem Dinoland wurde ein einzigartiges Urzeit-Klassenzimmer geschaffen, in dem interaktive Kinderbereiche zum Entdecken, Anfassen und Ausprobieren einladen.



ermäßigte Preise!

KLIMT

bis 4. September 2022 | Wien Marx Halle

Diese Ausstellung ist ein völlig neu konzipiertes Multimedia-Spektakel, das auf noch nie zuvor gesehene Art und Weise die weltberühmten Kunstwerke von Gustav Klimt präsentiert. Meisterhafte Kunst trifft auf modernste Technik – eine Symbiose, die Klimts Genialität in ein neues Zeitalter tragen und unvergessen machen wird.



ermäßigte Preise!

FAMILYPARK ST. MARGARETHEN

Tagesticket-Aktion bis einschließlich 1.11.2022

Das ruhige und besonnene Burgenland kann auch ganz schön turbulent und aufregend werden – wenn man den Familypark in St. Margarethen besucht. Denn an jeder Ecke gibt es hier etwas zu entdecken oder unvergessliche Abenteuer zu erleben, und zwar für Groß und Klein!



26,50€
statt 30€

12. KABARETTGIPFEL

7. und 8. November 2022 | Wiener Stadthalle

Der „Kabarettgipfel“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, gleich die Besten der Besten für einen Abend zu engagieren und für ein breites Spektrum an geschliffener Unterhaltung zu sorgen. Auf folgende KünstlerInnen können Sie sich freuen: Lukas Resetarits, Viktor Gernot, Eva Maria Marold, Christoph Fritz und Kaya Yanar (DE).
Musikalische Begleitung KGB – Die Kabarettgipfelband.



-10%

25 JAHRE RIVERDANCE - JUBILÄUMSTOUR 2023

8. März 2023, 20 Uhr – Salzburgarena | 24. März 2023, 20 Uhr – TipsArena Linz |
25. März 2023, 20 Uhr – Stadthalle Graz | 26. März 2023, 19 Uhr – Wiener Stadthalle

Die erfolgreichste Tanzshow der Welt ist zurück!
25 Jahre Riverdance: Das Original kommt 2023 auf große Jubiläumstour!



-10%

SHOPPING

preisvorteil.proge.at



-25%

ORGANIC ELEMENTS

Natürliche Mikronährstoffe created in Austria. Wir helfen dir, dich besser um dich selbst zu kümmern.

Große Auswahl an Vitaminen, Mineralstoffen, Spurenelementen und Pflanzenstoffen. Vegane und vegetarische, fruktose-, laktose- und glutenfreie Bundles für alle Lebenslagen.



**ermäßigte
Preise!**

CLEVER FIT

All-inclusive-Paket für 39,90 € mtl. statt 59,90 € mtl. und das einmalige Startpaket für 50 € statt 99 €

Mit unseren acht Standorten sowie über 470 Studios europaweit steht clever fit für schnelle Trainingserfolge: garantiert durch neueste und modernste Geräte, lange Öffnungszeiten, attraktive Zusatzangebote, und das zu einem unschlagbaren Preis.



-10%

THERME BAD GLEICHENBERG

10% Rabatt auf den Tageseintritt für ÖGB-Mitglieder und eine Begleitperson

Die Therme in Bad Gleichenberg gilt als Ruhepol und lädt zum Erholen sowie Kraft- und Energietanken ein. Die behutsame Einbindung des Baumbestandes und der fließende Übergang der Terrasse in die umliegende Parklandschaft ermöglichen zu jeder Jahreszeit die unmittelbare Berührung mit der Natur.



-10%

JUMP DOME KLAGENFURT

Mehr als 2.000 m² von 0 bis 99 Jahren

Mit unseren zahlreichen Trampolin-Innovationen sind wir der größte und modernste Funpark Kärntens. Einige unserer Angebote sind: Ninja Warrior Parcours, Riesen Air Bag mit Sprungturm, Wallrunning, Riesiger Airfloor, Kid's Playground & Gastronomie.



-10%

123HOMEOFFICE

10 % Rabatt bei Eingabe des Codewortes bei der Bestellung (Ihren Code finden Sie im Log-in-Bereich).

123HomeOffice ist kein konventioneller Händler für Büromöbel. Unser Ziel ist es, äußerst hochwertige und preislich attraktive Produkte für eine neue Arbeitswelt bereitzustellen.

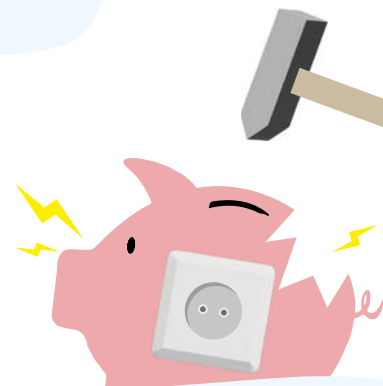
Alle Angaben ohne Gewähr!

Inhalt

TEUERUNG ENTGEGENWIRKEN!

Die Inflation ist so hoch wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Mit hohen Kollektivvertragsabschlüssen kämpft die PRO-GE für den Erhalt der Kaufkraft. Vonseiten der Regierung blieben wirklich effektive Maßnahmen gegen die Rekordsteigerungen bisher allerdings leider aus.

Seiten 8 bis 11



Kommentar

Taten statt Ankündigungen fordert die PRO-GE von der Regierung Seite 5

Interview

Markus Marterbauer: welche Maßnahmen jetzt nötig sind Seiten 8 und 9

Frühjahrslohnrunde 2022

Lohnerhöhungen für 130.000 Beschäftigte Seiten 10 und 11

Produktionspolitik

Wer entscheidet die Zukunft: der Markt oder die Demokratie? Seite 13

Jubiläum

Seit 20 Jahren haben auch LeiharbeiterInnen einen Kollektivvertrag Seite 14

PRO-GE Jugend

Benjamin Liedlbauer folgt Josef Rehberger als Vorsitzender Seite 15

Betriebsreportage Geberit

Sanitärprodukte aus Pottenbrunn Seiten 16 und 17

Arbeiten bei Hitze

PRO-GE fordert dringend Verbesserungen beim Arbeitsschutz Seite 18

Gewerkschaftspionier

Zum 130. Geburtstag von Pius Schneeberger Seite 19

Achtung Kamera

Die besten Fotos aus der Welt der PRO-GE Seite 20

Alles was Recht ist

Unzulässige Kündigung eines Leiharbeiters erfolgreich bekämpft Seite 21

Preisrätsel und Cartoon

..... Seite 23

Aktuelle Zahl

3,5

Rund 3,5 Prozent der Erwerbstätigen sind Bauern. Kein Zweifel, Bauern sind wichtig für unsere Versorgung mit Nahrungsmitteln und für die Landschaftspflege. Das sieht auch

die Bundesregierung so, und deshalb gesteht man ihnen ein eigenes Ministerium zu. Nach der letzten Regierungsumbildung wurde das Ministerium sogar um die Tourismusagenden bereinigt, diese wurden in ein eigenes Staatssekretariat ausgelagert. Der neue Landwirtschaftsminister und „Lobbyist für die Bauern“, Norbert Totschnig, kann sich nun exklusiv Subventionsvergaben, Steuererleichterungen und der Verhinderung von strengeren Tierschutzvorgaben widmen. Die ArbeiterInnen und Angestellten, die 88 Prozent der Erwerbstätigen ausmachen, dürfen sich leider nicht über die gleiche Aufmerksamkeit der Bundesregierung freuen. Sie sind jetzt gemeinsam mit den Unternehmern dem Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort von „Superminister“ Kocher zugeordnet – Prioritätensetzung à la Schwarz-Grün.

IMPRESSUM:

Glück auf! – Zeitschrift für Mitglieder der Gewerkschaft PRO-GE. ZVR-Nr.: 576439352. DVR-Nr.: 0046655. Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft PRO-GE, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, (01) 534 44-69. Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1; Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. Leitung: Mathias Beer. Chef vom Dienst: Wolfgang Purer. Redaktion (glueckauf@proge.at): Barbara Trautendorfer, Sabine Weinberger, Robert Wittek, Mathias Beer. Grafik & Layout: Peter-Paul Waltenberger, Julian Janits. Fotos/Grafik: PRO-GE, ÖGB-Archiv, Lisa Lux, Pixabay, Adobe Stock. Cartoon: Bulcartoons. Hersteller: Walstead Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Bickfordstraße 1. Redaktionsschluss der folgenden Ausgabe: 31. August 2022.

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25: www.glueckauf.at/offenlegung

KURZ NOTIERT

Arbeitslosigkeit sinkt

Trotz hoher Energiepreise und Ukraine-Krieg setzt sich die Arbeitsmarkterholung weiter fort. Die Mai-Arbeitslosenquote belief sich auf 5,7 Prozent, das ist der niedrigste Wert seit 14 Jahren. Beim Arbeitsmarktservice waren Ende Mai über 138.000 offene Stellen als sofort verfügbar gemeldet, ein neuer Rekordwert. Zur Kurzarbeit waren Ende Mai 49.492 Personen vorangemeldet. Im Vergleich zum Vormonat bedeutet das einen Rückgang um 3.096 Personen.

Wirtschaftsleistung über Vorkrisenniveau

Die österreichische Wirtschaft ist mit einem starken Wachstum ins Jahr 2022 gestartet. Das Bruttoinlandsprodukt legte im ersten Quartal real, also inflationsbereinigt, um 9,5 Prozent zu. Damit liegt die heimische Wirtschaftsleistung um 0,5 Prozent höher als vor Ausbruch der Coronapandemie. Die positive Entwicklung wurde von praktisch allen Wirtschaftsbereichen getragen, ganz besonders von Industrie, Bau und Handel.



Gewalt im Job: Frauen und Jüngere häufiger betroffen

Gewalt und Aggression kommen in allen Lebensbereichen vor, auch am Arbeitsplatz. Arbeitsdruck und Personalmangel wirken dabei als Konfliktverstärker. Über 60 Prozent der Befragten gaben das bei einer von der GPA in Auftrag gegebenen IFES-Studie an. Vor allem im Gesundheits- und Sozialbereich und im Handel haben körperliche und verbale Übergriffe gegen die Beschäftigten in den vergangenen zwei Jahren zugenommen. Frauen und Jüngere sind in größerem Ausmaß von verbaler Gewalt betroffen.

Pandemiefolgen befeuern weltweite Armut



Die wirtschaftlichen Folgen der anhaltenden Coronapandemie und steigende Preise für Energie und Lebensmittel befeuern weltweit Armut und soziale Ungleichheit. Mehr als

eine Viertelmilliarde Menschen seien weltweit gefährdet, 2022 in extreme Armut abzurutschen, heißt es in einem kürzlich veröffentlichten Bericht der Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam. Gleichzeitig wuchs seit Beginn der Coronapandemie im Jahr 2020 die Zahl der Milliardärinnen und Milliardäre auf der Welt deutlich, ihr Vermögen stieg demnach um 42 Prozent.



Rainer Wimmer,
Bundesvorsitzender
der PRO-GE

TEUERUNGSALBTRAUM – ENDLICH ÄRMEL AUFKREMPELN

Wir erleben gerade die schlimmste Teuerungswelle seit mehr als 40 Jahren. Monat für Monat wird alles empfindlich teurer. Im Mai sind die Preise gegenüber dem Vorjahresmonat im Durchschnitt um 8,0 Prozent gestiegen. Es gibt keinen Lebensbereich mehr, der von den Teuerungen ausgenommen ist. Aktuell ziehen neben Treibstoffen und Energie auch die Nahrungsmittelpreise in bedenklichem Ausmaß an.

Aber während sich Gewerkschaften und BetriebsrätInnen bei den Lohnrunden mit ganzer Kraft für die ArbeitnehmerInnen einsetzen und sehr gute Abschlüsse mit deutlichen Erhöhungen der Löhne und Lehrlingseinkommen erreichen, trödelt die schwarz-grüne Regierung vor sich hin. Das ist schlechte Politik und hilft niemandem, die derzeit deutlich höheren Rechnungen für Strom, Gas, Heizöl, Sprit, Lebensmittel und bei den Mieten zu begleichen. Nicht nur die Ärmsten sind betroffen, auch die breite Bevölkerung spürt die steigenden Preise in der Geldbörse. Darum gilt: Wer rasch hilft, hilft doppelt.

Es kann nicht sein, dass der Finanzminister einerseits mehrere Milliarden Euro zusätzlich an Steuereinnahmen durch die Preisanstiege zur Verfügung hat, aber die Regierung andererseits zu geizig ist, endlich ein ordentliches Entlastungspaket für ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen umzusetzen. Die Gewerkschaften haben dazu eine ganze Reihe an Vorschlägen gemacht, wie zum Beispiel die Erhöhungen von Sozialleistungen oder Steuersenkungen auf Sprit, Energie und Nahrungsmittel.

Die Regierung muss nun endlich die Ärmel aufkrempeeln und sich der Teuerungswelle entgegenstemmen. Wir werden sie bei jeder Gelegenheit lautstark und mit Nachdruck daran erinnern.

Glück auf!

Wie teuer wird das Leben?

Wir fordern mehr Entlastung!

Die Geldentwertung belastet ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen massiv. Es sind bisher vor allem die Lohnabschlüsse mit einem Plus von bis zu 6,7 Prozent, die die Kaufkraft stärken. Denn statt effektiver Gegenmaßnahmen macht die Regierung entweder bei der Umsetzung große Fehler oder ist zu langsam. Damit muss Schluss sein, die PRO-GE fordert mehr Entlastung.

Seit Jahresbeginn steigt die Inflation auf Werte, wie sie Österreich in den letzten fünf Jahrzehnten nicht mehr erlebt hat. Für Mai schätzt die Statistik Austria den Preisanstieg auf 8,0 Prozent gegenüber demselben Monat des Vorjahres. Die großen Preistreiber sind vor allem die Kosten des täglichen Lebens: allen voran Energie, dazu Wohnen und Lebensmittel. Das trifft die Ärmsten in Österreich besonders hart, aber auch die breite Bevölkerung spürt die stark steigenden Preise in der Geldbörse. Während sich die PRO-GE in den Lohnrunden erfolgreich für kräftige Erhöhungen einsetzt, trödelt die Regierung vor sich hin. Erst jetzt, kurz vor dem Sommer, werden einige Entlastungsschritte angekündigt, obwohl der Finanzminister von der Teuerungswelle schon seit Monaten profitiert, denn hohe Inflationsraten lassen konsumabhängige Steuern wie die Mehrwertsteuer ansteigen. Die kräftigen Lohnerhöhungen wiederum bringen mehr Einkommensteuer. So berech-

nete das wirtschaftsnahe Institut Agenda Austria Mehreinnahmen für den Finanzminister um bis zu elf Milliarden Euro.

Katastrophale Umsetzung. Viele WirtschaftsforscherInnen sehen die bisher umgesetzten Mini-Entlastungen und die neuen Maßnahmen der Regierung kritisch. Auch PRO-GE-Vorsitzender Rainer Wimmer fasst diese als „zu spät, zu langsam und zu wenig“ zusammen. Besonders negativ aufgefallen ist der groß angekündigte Energiekostenausgleich, mit dem die massiv gestiegenen Heizkosten im Winter abgefedert werden sollten. Bereits im Februar präsentiert, soll die Unterstützungsleistung nach vollkommen vermurkstem Start bis zum Sommer mit der eher fragwürdigen Methode von Gutscheinen endlich in die Gänge kommen. Allerdings verursacht der 150-Euro-Gutschein nicht nur große Verwaltungskosten, sondern ganze 40 Prozent können den Bonus erst 2023 einlösen, weil die Jahresabrechnung schon längst erfolgt ist.

Niedrige Einkommen unterstützen. Dieser Bauchfleck ist gerade für jene bitter, die jeden Euro in der Geldbörse zweimal umdrehen müssen. Höhere Rechnungen bei Strom, Gas, Heizöl, Treibstoffen, Lebensmitteln und Mieten treffen sie beson-



ders hart. „Für die PRO-GE haben Maßnahmen gegen die Teuerungen Priorität“, betont Wimmer. Besonders armutsgefährdeten Familien muss durch eine Anpassung der Sozialleistungen geholfen werden, denn diese haben durch die hohe Inflation deutlich an Wert verloren. Doch die Regierung verharnt in Untätigkeit, so ist weiterhin keine Rede davon, das Arbeitslosengeld endlich auf 70 Prozent anzuheben. Laut Momentum Institut liegt der Kaufkraftverlust von Familienbeihilfe, Studienbeihilfe, Mindestsicherung, Pflegegeld, Arbeitslosengeld und Ausgleichszulage seit Jahresbeginn bei mehr als 36 Millionen Euro. Um die Kaufkraft wieder auf das Niveau von 2000 zu heben, müsste etwa die Familienbeihilfe um mindestens 42 Euro, das Pflegegeld um 53 Euro steigen.

Lebensmittelpreise senken. Konkrete Vorschläge, um die hohe Inflation zu bekämpfen, gibt es genug: So haben die Sozialpartner ein eigenes Maßnahmenpaket zur Dämpfung der Teuerung vorgelegt. Sie fordern unter anderem eine Senkung der Mineralölsteuer und die Umstellung der Pendlerpauschale in einen einkommensunabhängigen Absetzbetrag. Denn die jetzige Pauschale begünstigt jene mit ganz besonders hohen Einkommen. Wichtig wäre auch, das amtliche Kilometergeld

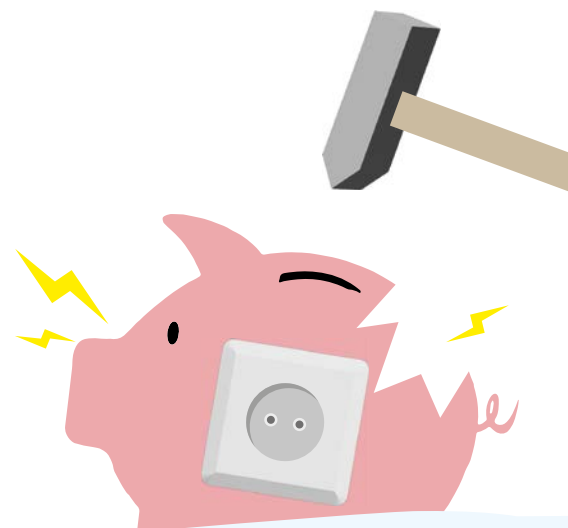
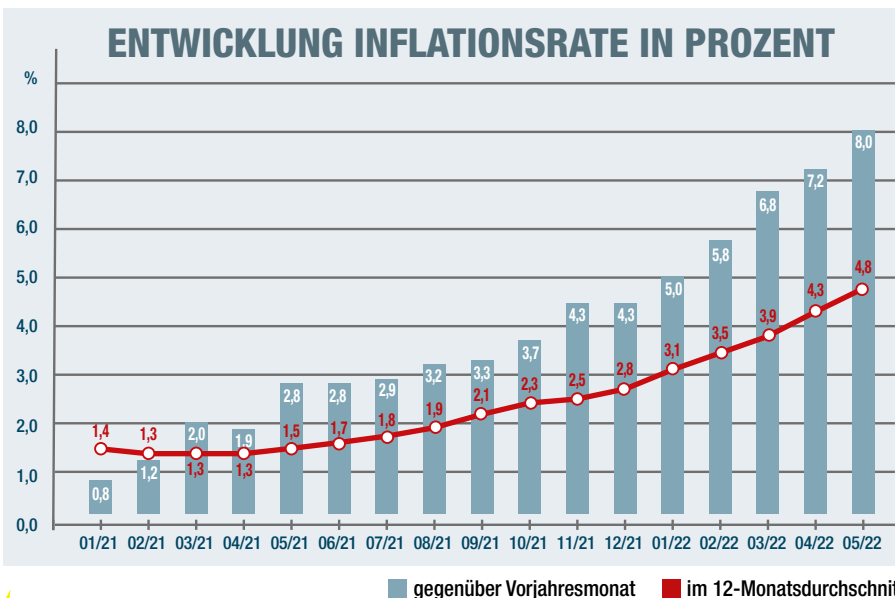
von 0,42 auf 0,50 Euro anzuheben oder das Öffi-Angebot auszubauen. Ein wichtiges Kriterium von Maßnahmen gegen die Teuerung muss sein, dass Menschen mit niedrigen Einkommen unterstützt werden. Da wäre zum Beispiel die Möglichkeit, die Mehrwertsteuer, vor allem auf Lebensmittel, befristet zu reduzieren oder sogar ganz auszusetzen. Haushalte in der unteren Einkommenshälfte würden davon stark profitieren. Allerdings müsste es auch Kontrollen geben, um sicherzustellen, dass der Lebensmittelhandel die Steuersenkung auf Lebensmittel auch an die KonsumentInnen weitergibt.

Ärmel aufkrepeln. Im Fall der Energiekonzerne, die aufgrund der gestiegenen Preise Rekordgewinne einfahren, wäre eine Entlastung einfacher möglich. Diese könnten einfach mithilfe von Steuern abgeschöpft und an KonsumentInnen umverteilt werden. Die mögliche Maßnahmenpalette ist sehr vielfältig und reicht von Steuersenkungen bis zu Direktzahlungen und Investitionen. Es braucht aus Sicht der PRO-GE aber auf alle Fälle mehr Mut als bisher, um diese Horrorinflation abzufedern und mit der Sicherung der Kaufkraft auch den wirtschaftlichen Aufschwung anzutreiben. „Wir fordern die Regierung auf, endlich die Ärmel aufzukrepeln und ein umfassenderes Maßnahmenpaket auf den Weg zu bringen, um die Kaufkraft der ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen direkt zu stützen“, fordert Wimmer.

Welche Inflationsrate gilt bei Lohnrunden?

In der Frühjahrslohnrunde 2022 erzielte die PRO-GE Lohnabschlüsse, die zu den höchsten der letzten Jahrzehnte zählen. Aber welche Teuerungsrate diente als Basis für die Lohnrunde? Für alle Kollektivvertragsverhandlungen kommt grundsätzlich immer die Inflationsrate im Durchschnitt der letzten zwölf Monate vor Verhandlungsbeginn zur Anwendung. Die Kollektivverträge haben bis auf wenige Ausnahmen immer eine Laufzeit von zwölf Monaten, dann wird erneut verhandelt. Sinken die monatlichen Inflationsraten, sinkt auch diese durchschnittliche Inflation und umgekehrt.

Die Teuerungsrate wird also im Nachhinein abgegolten und lag zum Beispiel im Frühjahr in den meisten Branchen bei 3,5 Prozent. Erst wenn beide Seiten diese Inflationsrate außer Streit stellen, wird das reale Einkommensplus verhandelt, dessen Höhe von vielen anderen wirtschaftlichen Kennzahlen und Prognosen mit abhängt. Daher kann es auch bei sehr deutlichen Lohnerhöhungen nicht zu einer Lohn-Preis-Spirale kommen, bei der steigende Löhne die Preise anfeuern und diese Teuerungen wiederum die Löhne pushen.



Interview

Sozialstaat armutsfest machen

Die Inflation steigt und steigt, die Teuerungen bringen viele Menschen in Bedrängnis. Doch was sind die geeigneten Instrumente, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten? Und wie sind die KV-Abschlüsse der Frühjahrslohnrunde zu bewerten? Die „Glück auf!“ hat mit AK-Wien-Chefökonom Markus Marterbauer gesprochen und um seine Einschätzung gebeten. (Das Interview wurde am 2. Juni geführt.)

Im April lag die Inflation bereits bei 7,2 Prozent, für den Mai wird sie auf 8,0 Prozent geschätzt. Die Preise für Energie, Wohnen und Lebensmittel steigen rasant. Wird sich dieser Trend fortsetzen?

Die Inflation wird auch in den kommenden Monaten hoch sein. Hohe Strom- und Gaspreise kommen erst mit Verzögerung bei den VerbraucherInnen an. Die sachlich nicht gerechtfertigte Anhebung der Richtwertmieten vom April wird sich erst in der Inflationsrate niederschlagen, auch die Lebensmittelpreise werden noch anziehen. Gegen Jahresende sollten die Inflationsraten aber langsam geringer werden und für den Jahresdurchschnitt kann nach 6,5 Prozent für 2022 mit etwa 4 Prozent für 2023 gerechnet werden.

Energiekonzerne profitieren derzeit überproportional, da der Gaspreis den Strompreis bestimmt. Was sind geeignete Maßnahmen, damit Teile dieser Einnahmen wieder an die KundInnen zurückfließen?

Die Energiemärkte funktionieren nicht, hier muss der Staat regulierend eingreifen. Ein Gaspreisdeckel nach spanischem Vorbild würde den Strompreis rasch senken. Die ungerechtfertigten Übergewinne bei den Energieversorgern, die Strom mit Wasser, Wind und Sonne produzieren, müssen besteuert werden. Es kann nicht sein, dass ein Teil der Energieversorger Rekordgewinne auf dem Rücken der VerbraucherInnen macht.

„Die Energiemärkte funktionieren nicht, hier muss der Staat regulierend eingreifen.“

Je niedriger das Einkommen, desto mehr belastet die hohe Inflation. Wie beurteilen Sie die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung, die Teuerungen abzufedern?

Das untere Einkommensdrittel ist gezwungen, die hohen Energiepreise durch den Verzicht auf die Nachfrage nach anderen Gütern oder Dienstleistungen zu kompensieren. Das bedeutet für viele eine Armutsgefährdung. Armut ist in einem so reichen Land wie Österreich eine besondere Schande. Für die Betroffenen gab es vor allem Einmalzahlungen. Das reicht aber bei Weitem nicht. Ar-

beitslosengeld, Notstandshilfe, Sozialhilfe, Mindestpensionen liegen 200 bis 300 Euro pro Monat unter der Armutsgefährdungsgrenze. Die niedrigsten Lohngruppen in den Kollektivverträgen haben gerade erst 1.500 Euro pro Monat erreicht.

Was muss getan werden, um zu verhindern, dass noch mehr Menschen in Armut abrutschen?

Am wichtigsten ist es, den Sozialstaat armutsfest zu machen. Die untersten Sozialleistungen müssen dauerhaft und kräftig angehoben werden. Die Armutsgefährdeten brauchen aber vor allem auch den Ausbau von Kindergärten und Schulen mit ganztägiger Öffnung, ein besseres soziales Pflegesystem, mehr sozialen Wohnbau und sie brauchen Jobs, von denen sie leben können. 1.700 Euro kollektivvertraglicher Mindestlohn ist angesichts der Teuerung überfällig. In Deutschland wird dieser Mindestlohn mit 1. Oktober erreicht, das muss doch auch bei uns möglich sein.

Finanzminister Brunner hat sich für die Abschaffung der kalten Progression ausgesprochen. Wie bewerten Sie diesen Vorstoß?

Die hohe Teuerung verlangt nach einer

Markus Marterbauer ist Chefökonom der Arbeiterkammer Wien. Er twittert unter @MarterbauerM. Im September erscheint sein mit Martin Schürz gemeinsam geschriebenes Buch „Angst und Angstmacherei. Für eine Wirtschaftspolitik, die Hoffnung macht“.



raschen Steuerreform, die die kalte Progression zurückgibt sowie die Einkommensteuer und das gesamte Steuersystem progressiver macht. Der Eingangsteuersatz sollte von derzeit 20 Prozent gesenkt werden, für hohe Einkommen, hohe Kapitalerträge und hohe Unternehmensgewinne sollen die Steuersätze aber auch steigen.

Die Schere zwischen Arm und Reich geht auseinander, trotz allem gibt es in Österreich bis dato keine nennenswerte Besteuerung von Vermögen. Was würde eine Vermögenssteuer für das Budget bringen und würde sie – wie von Gegnern dieser Steuer oft behauptet – den Wirtschaftsstandort gefährden?

Das Zusammenspiel von Covid-Krise und Energiepreisschock verschärft die soziale Spaltung und wird die Debatte um Vermögenssteuern noch einmal befeuern. Das Steueraufkommen hängt vom Modell ab. Als Faustregel gilt weltweit: Eine Steuer auf das Vermögen des reichsten Prozents der Haushalte bringt pro Prozentpunkt

Steuersatz ein Aufkommen von etwa 1 Prozent der Wirtschaftsleistung. Das wären in Österreich 4 Milliarden Euro. Eine Vermögenssteuer bringt also zumindest einen hohen einstelligen Milliardenbetrag pro Jahr. Dazu kommt eine Erbschaftssteuer mit einem Aufkommen von etwa einer Milliarde Euro.

Die industrielle Frühjahrslohnrunde ist geschlagen. Wie sind die aktuellen Kollektivvertragsabschlüsse einzuordnen und besteht die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale?

Für die Kollektivvertragsverhandlungen ist die Inflationsrate der letzten 12 Monate relevant. Die betrug für die Frühjahrslohnrunde 3,5 bis 4 Prozent. Die Abschlüsse von etwa 4,75 Prozent sind also sehr erfolgreich, auch weil sie in nur zwei, drei Verhandlungsrunden erreicht wurden. Eine Lohn-Preis-Spirale ist in Österreich nicht möglich: Löhne reagieren auf Preise, nicht umgekehrt.

Im Herbst wird wieder der neue Kollektivvertrag für die Metallindustrie

verhandelt. Das Ergebnis gilt als richtungsweisend für andere Branchen. Angesichts der steigenden Inflation und des sich leicht abschwächenden Wirtschaftswachstums: Wie groß ist der Spielraum der Gewerkschaften?

Der Kollektivvertrag muss die Kaufkraft sichern, vor allem für untere und mittlere Einkommensgruppen. Gleichzeitig gilt es zu berücksichtigen, dass die Industrie Rekordjahre hinter sich hat, die Industrieproduktion stieg in Österreich in den letzten sieben Jahren um 30 Prozent rascher als in Deutschland.

Die Europäische Zentralbank (EZB) scheint die Nullzinspolitik beenden zu wollen. Was bedeuten Zinserhöhungen für den Einzelnen und kann damit der aktuellen Entwicklung der Inflation Einhalt geboten werden?

Zinserhöhungen bedeuten, dass alle Haushalte, Unternehmen, Staaten, die sich verschuldet haben, mehr Zinsen zahlen. Wenn die EZB die Zinsen kräftig erhöht, dann kann sie Investitionen, Produktion und Beschäftigung abschwächen. So kann sie auch den Preisauftrieb einbremsen, aber zu hohen Kosten. Ich glaube nicht, dass die EZB so weit gehen wird.

„Eine Lohn-Preis-Spirale ist in Österreich nicht möglich: Löhne reagieren auf Preise, nicht umgekehrt.“



Frühjahrslohnrunde

Gemeinsamer Einsatz bringt kräftige Lohnerhöhungen

Die industrielle Frühjahrslohnrunde betrifft rund 130.000 Beschäftigte in fünf Branchen. Alle Abschlüsse liegen weit über der durchschnittlichen Inflationsrate der vorangegangenen zwölf Monate. Möglich war dies nur, weil BetriebsrätInnen und Belegschaften die Verhandlungsteams kräftig unterstützten.

Die industrielle Frühjahrslohnrunde fand heuer unter besonderen Vorzeichen statt: Die massiv steigende Inflation und die wirtschaftlichen Unsicherheiten, ausgelöst durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, machten die einzelnen Lohnrunden zu einer Herausforderung. Der Startschuss fiel am 22. März mit dem Verhandlungsauftritt für die Be-

schäftigten der Elektro-/Elektronikindustrie (EEI) und die der Textilindustrie.

Turbulenter Start. Die Verhandlungsteams der ArbeitnehmerInnenseite starteten mit einer Rekordforderung in die diesjährigen Kollektivvertragsrunden. Sie verlangten ein Lohn-Plus von sechs Prozent, die höchste Forderung seit Jahr-

AKTUELLE KOLLEKTIVVERTRAGSABSCHLÜSSE

Ab 1. April:

Textilindustrie: KV-Löhne +4,5 Prozent; Lehrlingseinkommen +4,5 Prozent; Ist-Löhne +4,2 Prozent; Reisekosten- und Trennungsschädigung und Messegelder +3,5 Prozent; 24. Dezember künftig bezahlt arbeitsfrei.

Ab 1. Mai:

Chemische Industrie: KV-Löhne +4,95 Prozent, neuer Mindestlohn 2.146,47 Euro; Lehrlingseinkommen +4,95 Prozent; Ist-Löhne +4,75 Prozent, Mindesthöhung 120 Euro (entspricht bis zu +5,9 Prozent); Schicht- und Nachtarbeitszulagen +4,95 Prozent, Aufwandsentschädigungen und Messegelder +3,9 Prozent.

Elektro-/Elektronikindustrie: KV-Löhne +5,0 Prozent, neuer Mindestlohn 2.037 Euro; Lehrlingseinkommen +8,6 Prozent im Durch-

schnitt; Ist-Lohn +4,8 Prozent, Mindesthöhung 130 Euro (entspricht bis zu +6,7 Prozent); Zulagen +4,8 Prozent, Reiseaufwandsentschädigungen +3,5 Prozent; Freizeioption 96 Stunden pro Jahr/8 Stunden monatlich.

Fisch- und Feinkostgewerbe und Feinkostindustrie: KV-Löhne +4,5 Prozent, neuer Mindestlohn 1.567,76 Euro; Lehrlingseinkommen +4,5 Prozent; Dienstalterszulagen +4,5 Prozent; Überzahlungen bleiben in vollem Ausmaß aufrecht.

Papierindustrie: KV-Löhne +4,9 Prozent; Lehrlingseinkommen +13,8 Prozent im Durchschnitt; Ist-Löhne +4,75 Prozent, Mindesthöhung 120 Euro; Erhöhung der Schichtzulagen für die 2. Schicht auf 10,50 Euro (+6,17 Prozent) und für die 3. Schicht auf 25,30 Euro (+6,44 Prozent), Reiseaufwandsentschädigungen +4,75 Prozent.



Betriebsversammlung von Andritz Hydro und Siemens Energy in Weiz

zehnten. Doch nicht nur in der EEI und in der Textilindustrie wurde das Verhandlungsziel mit sechs Prozent festgelegt, auch in der Chemischen Industrie und der Papierindustrie, deren Auftakt eine Woche später erfolgte, schloss man sich dem an. Die Verhandlungen verliefen nicht friktionsfrei. Sofort nach Bekanntwerden der Gewerkschaftsposition

wurde das Schreckgespenst der Lohn-Preis-Spirale heraufbeschworen. Mit wenig Erfolg, denn zahlreiche WirtschaftsexpertInnen dementierten die Gefahr, dass die Inflation durch steigende Löhne weiter angeheizt werde. Zudem wird bei jeder Kollektivvertragsverhandlung die Inflation der letzten zwölf Monate zugrunde gelegt. Für die EEI, die Papier- und Textilindustrie war die Verhandlungsbasis 3,5 Prozent, bei der Chemischen Industrie wurden 3,9 Prozent vereinbart. Die diesjährigen Abschlüsse liegen somit weit über der Inflationsrate.

Solidarität in Betrieben. Um den Forderungen der Gewerkschaften Nachdruck zu verleihen, war dieses Jahr die Solidarität der BetriebsrätInnen und Belegschaften gefordert. In drei Branchen (EEI, Papierindustrie, Chemische Industrie) wurden BetriebsrätInnenkonferenzen einberufen, um die Vorgehensweise zu beraten. Die Stimmung der BetriebsrätInnen war eindeutig: Man werde in keiner Branche von den Forderungen abrücken und es werden Betriebsversammlungen einberufen. Auch die Belegschaften unterstützten die Position der PRO-GE und zeigten sich zu weiteren Kampfmaßnahmen bereit. In der EEI wurde den Arbeitgebern sogar konkret mit Warnstreiks gedroht, da auch in der dritten Runde kein Entgegenkommen spürbar war.

Lohnerhöhungen bis zu 6,7 Prozent.

Dass der Druck aus den Betrieben gewirkt hat, zeigt sich an den beachtlichen Abschlüssen. In der EEI konnten für die rund 60.000 Beschäftigten eine KV-Lohnerhöhung von 5 Prozent und eine Ist-Lohn-Erhöhung von 4,8 Prozent ausverhandelt werden. Der Mindestbetrag von 130 Euro bedeutet ein Lohn-Plus von bis zu 6,7 Prozent für niedrige Einkommen. In der Chemischen Industrie wurde ebenfalls ein Mindestbetrag fixiert, der mit 120 Euro eine Lohnerhöhung von bis zu 5,9 Prozent bringt (KV-Lohn +4,95 Prozent, Ist-Lohn +4,75 Prozent).

Weitere erfolgreiche Abschlüsse.

Die Beschäftigten der Textilindustrie dürfen sich über eine KV-Lohn-Erhöhung von 4,5 Prozent und eine Ist-Lohn-Erhöhung von 4,2 Prozent und über den 24. Dezember als zusätzlichen freien bezahlten Tag freuen. In der Papierindustrie steigen die KV-Löhne um 4,9 Prozent und die Ist-Löhne um 4,75 Prozent (Mindestbetrag 120 Euro). In der Glashüttenindustrie wiederum brachte der Abschluss eine Erhöhung der Mindestlöhne um 4,9 Prozent, die Ist-Löhne steigen um 4,8 Prozent, mindestens aber um 100 Euro (Erhöhungen bis zu 5,3 Prozent). In der Glasbe- und verarbeitenden Industrie steigen die KV-Löhne um 5 Prozent, die Ist-Löhne um 4,8 Prozent.

ALLE KV-ABSCHLÜSSE DER PRO-GE: WWW.LOHNRUNDEN.AT

Speiseölindustrie: KV-Löhne +4,65 Prozent (plus Aufrundung auf die nächsten 50 Cent), Mindesthöhung 100 Euro, neuer Mindestlohn 2.090 Euro; überproportionale Erhöhung der Schichtzulage; Erhöhung der Ist-Löhne und Dienstalterszulagen laut Lohnvertrag.

Ab 1. Juni:

Glasbe- und verarbeitende Industrie: KV-Löhne +5,0 Prozent, neuer Mindestmonatslohn 1.734,72 Euro; Lehrlingseinkommen +10 Prozent im 1. Lehrjahr, +5,0 Prozent in den anderen Lehrjahren; Ist-Löhne um 4,8 Prozent; KV-Zulagen +5,0 Prozent, Aufwandsentschädigungen +3,9 Prozent, innerbetriebliche Zulagen +4,8 Prozent.

Glashüttenindustrie: KV-Löhne +4,9 Prozent, neuer Mindestlohn 1.993,77 Euro; Lehrlingseinkommen +10 Prozent im 1. Lehrjahr, +4,9 Prozent in den anderen Lehrjahren; Ist-Löhne +4,8 Prozent,

Mindesthöhung 100 Euro; KV-Zulagen +4,9 Prozent, innerbetriebliche Zulagen +4,8 Prozent, Reisekosten und Aufwandsentschädigungen +3,9 Prozent.

Lederwaren- und Kofferindustrie: KV-Löhne +4,3 Prozent; Lehrlingseinkommen +4,5 Prozent; Ist-Löhne: Aufrechterhaltung der Überzahlung; Zulagen, Zuschläge und Prämien +4,3 Prozent; 24. Dezember künftig bezahlt arbeitsfrei.

Schuhindustrie: KV-Löhne +4,55 Prozent, neuer Mindestlohn 1.623,77 Euro; Lehrlingseinkommen +4,55 Prozent; Ist-Löhne +4,55 Prozent; Zulagen, Zuschläge und Prämien +4,34 Prozent; Urlaubszuschuss 2022 wird von der erhöhten Basis gerechnet; 24. Dezember künftig bezahlt arbeitsfrei.



Unterstützung der Gewerkschaft

Neue Mitglieder bei Antolin

Der Betriebsrat der Firma Antolin in Ebergassing (NÖ) überreichte dem PRO-GE Vorsitzenden Rainer Wimmer 30 neue Mitgliedsanmeldungen. Im Betrieb gibt es große Solidarität zum Betriebsrat und zur Gewerkschaft.

Rainer Wimmer konnte sich bei einem Betriebsrundgang von der Produktion des Textilunternehmens ein Bild machen und zeigte sich in den intensiven Gesprächen mit dem Betriebsrat, der Betriebsleitung und den MitarbeiterInnen beeindruckt. Am Standort in Ebergassing werden Innenbezüge für Fahrzeuge hergestellt.

PRO-GE Frauen

Arbeiterinnen vor den Vorhang

Die PRO-GE vertritt aktuell im Bereich ihrer 120 Kollektivverträge 491.649 Arbeiterinnen und Arbeiter, 105.930 davon sind Frauen. Für die Bundesfrauenvorsitzende der PRO-GE, Klaudia Friebe, ist es an der Zeit, diese Arbeiterinnen vor den Vorhang zu holen. „Die Produktion von Waren ist systemrelevant; ohne sie gäbe es keine Nahrung, keine Gebrauchsgüter, keine Investitionen in Bau oder Mobilität. Frauen, die in diesem Bereich beschäftigt sind, arbeiten zum Teil unter körperlicher Anstrengung, bei monotonen Arbeitsvorgängen, Hitze, Nässe, Lärm, im Akkord, und das meist zu sehr untypischen Arbeitszeiten, zum Beispiel Schichtbetrieb oder Nacharbeit“, erläuterte Friebe.

Gerade während der Coronakrise hat sich gezeigt, dass Arbeiterinnen in der öffentlichen Diskussion wenig vorkommen. „Ich bin maßlos enttäuscht, dass es bis heute nicht möglich war, Schwangeren in der Produktion einen vorzeitigen Freistellungsanspruch zu ermöglichen“, so Friebe, die darauf verwies, dass es gerade in großen Produktionsbetrieben, wo viele Menschen in einer Werkshalle arbeiten, sehr schwierig oder gar nicht möglich sei, einen Abstand zu Kolleginnen und Kollegen einzuhalten.



BUCHTIPP

INSIDE FACEBOOK – Die hässliche Wahrheit Von Sheera Frenkel und Cecilia Kang

Das Buch, von dem Facebook nicht will, dass Sie es lesen!

NSA-Skandal, Wahlmanipulationen, Cambridge Analytica, Trump ... Das ist nur die Spitze des Eisbergs! Das Buch gewährt einen bisher einzigartigen Einblick in den mächtigen und undurchschaubaren Konzern. Ausgehend von langjähriger investigativer Recherche, mit Hunderten Interviews, zeigen uns die Autorinnen ein Facebook, das wir so bislang nicht kannten. Wir erfahren, welche Rollen Mark Zuckerberg und Sheryl Sandberg spielen, wie in den Hinterzimmern folgenreiche Entscheidungen getroffen, mit Politikern zweiseitige Absprachen vereinbart und undurchsichtige Netzwerke gebildet werden. Und wie eine Maschine zur Geldvermehrung immer weiter am Laufen gehalten wird, koste es, was es wolle – mit verheerenden Folgen: Aushöhlung der Privatsphäre und der Demokratie, eine Gefahr für unsere Gesellschaft.

Verlag: S. Fischer 2021, 384 Seiten, ISBN: 978-3-10-000066-8

Schicke uns ein E-Mail an presse@proge.at und gewinne mit etwas Glück eines von zwei Exemplaren.
Kennwort: „Inside Facebook“

Bestellmöglichkeit unter www.besserewelt.at

Die GewinnerInnen der Buchverlosung „Freiheit für alle“ der letzten „Glück auf!“-Ausgabe sind:
Walter Stroissnig, 9330 Althofen, und Renate Schickmaier, 4550 Kremsmünster



Mitbestimmung statt Marktunterwerfung

Zeit für eine neue Produktionspolitik

Pandemie und Ukraine-Krieg haben aufgezeigt, wie instabil unser Wirtschaftssystem eigentlich ist. Eine industrielle Produktion, mit der die Versorgung der österreichischen Bevölkerung sichergestellt werden kann, benötigt auch demokratische Gestaltung statt reiner Marktlogik.

Der Wirtschaftsmotor Automobilindustrie ist ins Stottern geraten. In Graz bei Magna, in Steyr bei BMW und im ehemaligen MAN-Werk wurden seit Februar Produktionslinien zwischenzeitlich abgedreht, auch Zulieferbetriebe wie Miba, TCG Unitech oder Polytex haben MitarbeiterInnen vorsorglich zur Kurzarbeit angemeldet. Während der Halbleiter- und Chip-Mangel seit gut einem Jahr die Produktion bremst, fehlt es aktuell vor allem an Kabelbäumen, die aufgrund des Krieges nicht mehr in ausreichender Menge aus der Ukraine geliefert werden. Bittere Ironie: Bis 1993 wurden direkt in Steyr Kabelbäume hergestellt, bei VTS Verdrahtungstechnik, „keine fünf Minuten zu Fuß von BMW und MAN“, wie sich Alois Stöger erinnert. Der heutige Leitende Sekretär der PRO-GE hat damals als Gewerkschaftssekretär den Sozialplan mitverhandelt.

Abhängigkeit von Lieferketten. Mit zwei weiteren Betrieben im Burgenland, Aptiv und Kromberg & Schubert, war Österreich der wich-

tigste Lieferant für Kabelbäume für die deutsche Automobilindustrie, zur Jahrtausendwende wurde auch dort die Produktion nach Osteuropa verlagert. „Damals haben die Beschäftigten mit dem Verlust des Arbeitsplatzes die Zeche bezahlt, jetzt zahlen noch einmal Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer drauf mit Kurzarbeit – weil bei einer Entscheidung Profit vor strategischem Denken gestanden ist“, analysiert Stöger. Noch schlimmere Konsequenzen sind denkbar, sollten einmal für die Grundversorgung wesentliche Wirtschaftsbereiche von ähnlichen Lieferschwierigkeiten betroffen sein, wie sie derzeit bei Halbleitern oder Kabelbäumen auftreten. So ist zum Beispiel die Versorgung mit Medikamenten überdurchschnittlich stark von internationalen Lieferketten abhängig.

Mitbestimmung statt Marktlogik. „Wer entscheidet die Zukunft – der Markt oder die Demokratie?“, sieht der Leitende Sekretär der PRO-GE eine notwendige politische Diskussion, die aber kaum ausgetragen wird. „Es wird vorausgesetzt, dass der Markt demokratisch wäre, aber das ist nicht der Fall.“ Eine Produktionspolitik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen und der

Versorgungssicherheit orientiert, kann nicht durch Marktlogik erreicht werden, sondern nur durch einen demokratisch legitimierten Entscheidungsprozess unter breiter Beteiligung. Für Stöger sollte eine solche Produktionspolitik unter anderem Infrastrukturmaßnahmen beinhalten, wie Breitbandausbau und eine schon bei der Raumplanung beginnende Stärkung des öffentlichen Verkehrs. Bei Transporten muss die Schiene ganz klar den Vorzug gegenüber der Straße bekommen.

Öffentliche Beteiligung statt Förderung. Ebenfalls enthalten ist die Arbeitsmarktpolitik. Hier kann sich Stöger beispielsweise eine Arbeitszeitverkürzung mit staatlich unterstütztem Lohnausgleich vorstellen sowie eine Beschränkung der Leiharbeit in den Betrieben. Investitionen in Forschung sollten von Förderungen in Beteiligungen umgewandelt werden, um die Vorteile für die Allgemeinheit zu sichern. Und auch für Schlüsselindustrien sieht Stöger öffentliche Beteiligungen als sinnvoll an. „Wir brauchen einen Staatsfonds mit einem Vorkaufsrecht vor Auslandsübernahmen, das haben wir am Fall MAN deutlich gesehen.“ Wesentliche Säule bei all diesen Prozessen ist eine Stärkung der Mitbestimmungsrechte der ArbeitnehmerInnen. „Zentraler Grundsatz muss sein: Alle, die betroffen sind, müssen auch in der Entscheidungsfindung voll eingebunden sein.“



Arbeitskräfteüberlassung

20 Jahre KV-Schutz für LeiharbeiterInnen

Nach der Krise ist die Nachfrage nach LeiharbeiterInnen wieder stark gestiegen. Aktuell ist circa jede dritte offene Stelle eine Leiharbeitsstelle. In den vergangenen zwanzig Jahren wurde in der arbeitsrechtlichen Absicherung von LeiharbeiterInnen viel erreicht. Trotzdem ist noch reichlich Verbesserungspotenzial vorhanden.

Fünf Jahre hatte die damalige Gewerkschaft Metall-Textil intensive Verhandlungen mit der Arbeitgeberseite geführt, bis im März 2002 der weltweit erste Kollektivvertrag für überlassene Arbeitskräfte in Kraft treten konnte. Den Kern dieses sehr speziellen Kollektivvertrags bildet das Prinzip, dass von dem im Beschäftigterbetrieb gültigen Kollektivvertrag und dem KV für die Arbeitskräfteüberlassung der jeweils bessere zur Anwendung kommt. In vielen Industriebranchen deckt noch ein sogenannter Referenzzuschlag die branchenübliche Überzahlung ab. Die rechtliche und soziale Absicherung der LeiharbeiterInnen wurde seither stetig weiterentwickelt. Ein großer Meilenstein wurde 2013 mit zahlreichen Verbes-

serungen im Arbeitskräfteüberlassungsgesetz (AÜG) und mit dem Sozial- und Weiterbildungsfonds SWF gesetzt.

Stehzeiten sind kein Kündigungsgrund.

Im letzten Jahr wurde in vielen Industriebranchen eine gemeinsame Sozialpartnererklärung mit dem Bekenntnis zu einem fairen Umgang mit ZeitarbeiterInnen in die Kollektivverträge aufgenommen und im Herbst wurden die Kündigungsfristen deutlich angehoben. Probleme sind in der Branche aber freilich immer noch mehr als genug vorhanden, wie PRO-GE Branchensekretär Thomas Grammelhofer erklärt. Eines der größten: „Dass mit Ende der Überlassung auch das Arbeitsverhältnis aufgelöst wird, ist leider immer noch weit verbreitet.“ Mit vorgeblich „eilvernehmlichen Auflösungen“ werden Kosten über die Arbeitslosenversicherung der Allgemeinheit umgehängt, anstatt Stehzeiten wie vorgesehen zu bezahlen. „Dabei wurde der Sozial- und Weiterbildungsfonds genau dafür eingerichtet, die Weiterbeschäftigung und idealerweise Weiterbildung während der Stehzeiten zu fördern“, erinnert Grammelhofer.

Auftraggeberhaftung ist überfällig.

In den Schlagzeilen war die Leiharbeit letztes Jahr nicht zuletzt wegen Skandalen bei Hygiene Austria (NÖ) und in zwei Postverteilzentren in Wien und Nie-

derösterreich. „Arbeitskräfteüberlassung darf nicht für Lohn- und Sozialdumping missbraucht werden“, stellt der PRO-GE Branchensekretär klar. „In diesen Fällen wurden Firmen beauftragt, deren Seriosität auf den ersten Blick zweifelhaft war“, fordert Grammelhofer neben viel rigoroseren Überprüfungen der Gewerbeberechtigungen vor allem eine Auftraggeberhaftung. „Wer sich für unseriöse Anbieter entscheidet, soll auch für daraus resultierende Missstände geradestehen müssen.“

Den Weg fortsetzen. Besonders wichtig für den Schutz überlassener ArbeitnehmerInnen ist, dass sich heute die allermeisten BetriebsrätInnen in den Beschäftigterbetrieben auch für sie zuständig fühlen. Mit einer Betriebsvereinbarung können diese auch ein prozentuelles Limit für Leiharbeit im Betrieb ausverhandeln, eine solche Beschränkung auch gesetzlich festzulegen, wäre für Grammelhofer durchaus denkbar. Wünschenswert wäre für ihn auch, dass die Zuständigkeit für Leiharbeit nicht mehr in Einkaufs-, sondern ausschließlich in den Personalabteilungen der Firmen liegt. „Überlassene Arbeitskräfte sind keine Ware und auch keine Beschäftigten zweiter Klasse. Auf dem Weg zu diesem Ziel sind wir in den letzten 20 Jahren weit gekommen und wir werden ihn auch zu Ende gehen.“

Generationswechsel

Benjamin Liedlbauer neuer Vorsitzender der PRO-GE Jugend

Bei der Jugend tut sich was. Die PRO-GE Jugend hat einen neuen Bundesjugendvorsitzenden und beim ÖGB-Bundesjugendkongress wurden die Eckpfeiler für die Anliegen der jungen ArbeitnehmerInnen eingeschlagen. Dabei geht es vor allem um mehr Anerkennung für die Lehre und eine lebenswerte Zukunft.

Benjamin Liedlbauer ist der neue geschäftsführende Bundesjugendvorsitzende der PRO-GE. Der gelernte Elektrotechniker ist Jugendvertrauensrat bei BMW Motoren in Steyr und er hat ein klares Ziel: die Aufwertung der Lehre.

Lehrlingseinkommen mindesten 1.000 Euro. In den letzten Jahren haben die jungen ArbeitnehmerInnen massiv zurückstecken müssen und unter der Coronapandemie gelitten. Jetzt geht es darum, mit geeigneten Maßnahmen die Zukunft zu sichern. Der Fachkräftemangel, verursacht durch zu wenig Ausbildung, zeigt inzwischen Wirkung und es wird vermehrt nach Lehrlingen gesucht. Wichtig ist jedoch auch, wie die Lehre von den jungen Menschen betrachtet wird. Beim Image der Lehre zeigt sich eindeutig Verbesserungspotenzial, und dazu gehört unter anderem auch ein attraktives Lehrlingseinkommen. „Die kräftigen Erhöhungen der Lehrlingseinkommen, wie sie zuletzt auch in der Elektro-/Elektronikindustrie, der Chemischen oder der Papierindustrie gelungen sind, sind ein richtiger Schritt, aber da braucht es mehr“, umreißt der neue PRO-GE Jugendvorsitzende den Fahrplan für die Zukunft. Es ist daher kein Zufall, dass beim ÖGB Bundesjugendkongress im Mai ein Mindestlehrlingseinkommen von 1.000 Euro im 1. Lehrjahr gefordert wurde.

JVR erste Anlaufstelle. Ein weiterer großer Schwerpunkt für Liedlbauer sind die JugendvertrauensrätInnen. „Die JVR sind für die Lehrlinge die erste Anlaufstelle bei Problemen. Gerade in der Pandemie haben die Kolleginnen und Kollegen großartige Arbeit geleistet.“ Daher gehört die betriebliche Interessenvertretung gestärkt. Der 21-jährige Oberösterreicher sieht auch Verbesserungsmöglichkeiten bei den Bildungs- und Auf-



stiegsmöglichkeiten für FacharbeiterInnen und für die Prüfungssituation für Lehrlinge.

Schulstartgeld für alle Lehrlinge. Ein weiteres Anliegen ist die Anhebung und Ausweitung des Schulstartgelds. Von diesem sind die Lehrlinge zum größten Teil bis jetzt ausgeschlossen. Der Schulstart ist finanziell auch für die BerufsschülerInnen eine Belastung. Daher sollen auch in Zukunft die Lehrlinge von diesem Zuschuss profitieren. Weitere Forderungen sind unter anderem: eine Modernisierungs- und Digitalisierungsoffensive an den Berufsschulstandorten, ein zeitgemäßer Unterricht mit Laptops und digitalen Schultafeln, eine verpflichtende Integration von digitaler Grundbildung sowie verpflichtende Weiterbildung für die Lehrkräfte.

Hilfe gegen psychologische Belastung. Die angespannte Lebens- und Ausbildungssituation hat auch zunehmend Auswirkungen auf das soziale Umfeld der jungen Menschen. Zukunftsängste und psychische Probleme haben sich verstärkt. „Wir fordern auch den Ausbau der psychosozialen Unterstützung an Berufsschulen und ein flächendeckendes Angebot an Psychotherapieplätzen für Jugendliche“, so Liedlbauer.

„Der JVR ist nicht selbstverständlich. Wir werden die betriebliche Interessenvertretung gegen politische Angriffe mit voller Kraft verteidigen.“

**Benjamin Liedlbauer,
Vorsitzender der PRO-GE Jugend**

Geberit Betriebsreportage

In die Röhre geschaut



Die Firma Geberit ist weltweit mit rund 12.000 MitarbeiterInnen bekannt für ihre Sanitärprodukte. Nicht selten wird ein Besuch am „stillen Örtchen“ von sichtbaren Logos der Firmengruppe begleitet. Am Standort Pottenbrunn in Niederösterreich werden vor allem die nicht unmittelbar sichtbaren, aber umso notwendigeren Hinterwandprodukte im Sanitärbereich produziert. Der Schwerpunkt liegt im Spritzgussverfahren und in der Verarbeitung von Kunststoff.

Rund 450 ArbeiterInnen sorgen für die Rohrleitungen und Abläufe, die das Benutzen der Sanitäranlagen erst ermöglichen. Mittels Spritzgießen, Schweißen und mechanischem Bearbeiten von Kunststoffteilen werden die Wannens- und Duschabläufe, WC-Spülbögen oder Elektroschweißmuffen gefertigt.

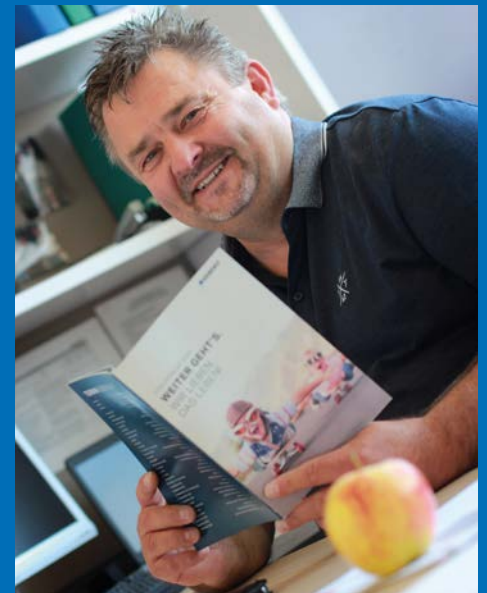
Michael Küttner ist fast seit Anfang der Betriebsgründung in den 1990er-Jahren am Produktionsstandort dabei. Seit mehr als zwei Jahrzehnten ist er auch als Betriebsratsvorsitzender für die Belange der ArbeiterInnen zuständig. Dabei spielt inzwischen auch die Digitalisierung im Betrieb zunehmend eine Rolle. Küttner weist darauf hin, dass es einerseits um den Wissenserhalt der erfahrenen Beschäftigten geht, aber auch um deren Gesundheit. Be-

sonders stolz ist der Betriebsrat auf den von ihm mitinitiierten „Vital-Katalog“, den es seit zehn Jahren im Betrieb gibt. „In diesem umfangreichen Katalog geht es um präventive Gesundheitsvorsorge für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das reicht von Ausgleichsübungen direkt am Arbeitsplatz bis hin zu Massageangeboten im Betrieb“, erzählt Küttner über das sozialpartnerschaftliche Projekt und spricht auch über das gute Einverständnis mit der Werksleitung.

Einen besonderen Stellenwert hat auch die Lehrlingsausbildung mit einer modern eingerichteten Lehrwerkstatt. Schon seit 1993 sorgt sie für den Fachkräftenachwuchs im Betrieb. Vom Lehrberuf KunststofftechnikerIn über MetalltechnikerIn bis hin zum/zur BetriebslagerlogistikerIn werden junge Menschen in elf unterschiedlichen Lehrberufen aus-

gebildet. Ausbildungsleiter und Angestelltenbetriebsrat Heinz Amberger bestätigt, dass inzwischen auch über den betriebsinternen Bedarf hinaus ausgebildet wird. Gut ausgebildetes Personal ist das Um und Auf eines Unternehmens und motivierte MitarbeiterInnen sind der Schlüssel zum Erfolg. Damit ist gewährleistet, dass in Pottenbrunn auch in Zukunft kompetente MitarbeiterInnen für Qualitätsprodukte im Sanitärbereich sorgen.

Betriebsrat Michael Küttner ist Gesundheitsvorsorge ein wichtiges Anliegen.





Bei der Verpackung erfolgt auch die Qualitätskontrolle. Dies benötigt eine eigene Einschulung.



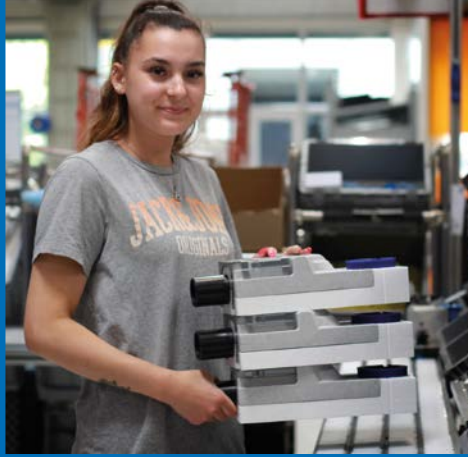
Der Ausbilder Heinz Amberger legt großen Wert auf die Qualität in der Lehrlingsausbildung.



In der Logistik ist trotz Automatisierung das menschliche Know-how gefragt.



Die Sanitärteile werden zusammengefügt und versandfertig gemacht.



Die Zusammenarbeit in der Zelle Duschrinnensiphon geht Hand in Hand.



Die Kunststofftechnikerin Jennifer hat bald ihre Ausbildung abgeschlossen.



Der Umgang mit Spritzgusswerkzeugen ist gut ausgebildeten Fachkräften vorbehalten.



Mit dem Stapler hat Birgit die Logistik fest im Griff.



Im Werkzeugunterhalt werden die Spritzgusswerkzeuge gewartet.



Dieses Spritzgusswerkzeug ist noch eines der „Kleinen“ und hat ungefähr 400 Kilogramm.



ArbeitnehmerInnenschutz

PRO-GE fordert besseren Schutz bei Hitze!

Temperaturen über 30 Grad werden immer häufiger und über längere Zeiträume auftreten, prophezeit die Wissenschaft. ArbeitnehmerInnen leiden unter diesen hohen Temperaturen, weil sie oft keine Handlungsspielräume haben, der Hitze zu entkommen. Die PRO-GE fordert dringend Verbesserungen beim Arbeitsschutz und im Arbeitszeitgesetz.

Ein Fünftel aller ArbeitnehmerInnen gibt an, von Hitze am Arbeitsplatz betroffen zu sein, wie Daten der Statistik Austria zeigen. „Tausende ArbeitnehmerInnen müssen im Freien schwere körperliche Arbeit leisten, und dies oftmals bei Temperaturen weit über 30 Grad. Viele von ihnen müssen acht Stunden in Arbeits- und Schutzkleidung in der prallen Sonne aushalten. Für sie gibt es keine Regelungen, wie sie der Hitze entgehen können“, betont Alois Stöger, leitender Sekretär der PRO-GE, und nennt als Beispiel MonteurInnen.

Was ist ein Hitze-arbeitsplatz? Per Definition haben MonteurInnen, die auf Baustellen tätig sind oder Reparaturleistungen erbringen,

keinen Hitze-arbeitsplatz. Die Kriterien für einen Hitze-arbeitsplatz sind im Nachtschwerarbeitsgesetz definiert, die Grenze von 30 Grad spielt hier u. a. eine Rolle. Allerdings ist hierfür die Wetterlage nicht relevant. Die Hitzeeinwirkung muss durch die Arbeitssituation selbst verursacht werden. Für das Arbeiten bei durch Sonneneinstrahlung verursachter Hitze gibt es nur eine Regelung für ArbeitnehmerInnen aus Betrieben, die dem Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz unterliegen. Sie dürfen ihre Arbeit im Freien bei mehr als 32,5 °C im Schatten unterbrechen bzw. einstellen, wenn kein kühlerer Alternativarbeitsplatz zur Verfügung gestellt werden kann. Die Entscheidung darüber obliegt aber dem Arbeitgeber oder dessen Beauftragten.

Gesetze verbessern. Hitzebelastungen durch das Klima drohen in Zukunft häufiger zu werden. Die PRO-GE fordert dringend, den ArbeitnehmerInnenschutz und das Arbeitszeitgesetz anzupassen, denn ein Körper unterscheidet nicht zwischen Hitze verursacht durch Sonne oder durch Arbeitsvorgänge. Ab einer Temperatur von mehr als 32,5 Grad im Schatten sollten zusätzliche bezahlte Arbeitspausen in gekühlten Räumlichkeiten ermöglicht oder sollte der Arbeitstag verkürzt werden. Ebenso müsse der Zugang zur Schwerarbeitspension für Menschen erleichtert werden, die häufig bei Hitze im Freien arbeiten.

Hitzebelastung auf Montage enorm!



Michael Preyss ist Vorsitzender des Arbeiterbetriebsrats bei ELIN GmbH. Die Firma plant, konzipiert, errichtet, wartet und serviciert Gebäude- und Industrieanlagen in allen Bereichen der Elektrotechnik.

Wie betrifft euch das Arbeiten bei Hitze?

Unsere MonteurInnen arbeiten viel im Außenbereich und sind dort jedem Wetter ausgesetzt: auf Großbaustellen von Bürogebäuden, Krankenhäusern oder Einkaufszentren bei Betoneinlegearbeiten, bei der Montage von Straßenbeleuchtungen oder Signalfeuern auf Flughäfen oder bei der Errichtung und Instandhaltung von Freileitungsbauten und Sendemastanlagen. Schutzausrüstung wie Helm, lange schnittfeste Kleidung, (hohe) Sicherheitsschuhe mit Stahlkappen, Schutzbrille und Handschuhe erschweren das Arbeiten bei Hitze zusätzlich. Da oft kritische Infrastruktur betroffen ist, sind diese Arbeiten zusätzlich un-aufschiebbar und unter großem Zeitdruck durchzuführen. Entkommen können die ArbeiterInnen der Hitze unter solchen Bedingungen kaum, sie werden schneller müde und die Verletzungs- und Unfallgefahr steigt, von den anderen gesundheitlichen negativen Folgen gar nicht zu reden.

Welche gesetzlichen Regelungen sollte es geben?

Wir brauchen festgeschriebene Pausen in einem klimatisierten Raum oder Fahrzeug, ausreichend Getränke seitens der Firma, es sollte Schulungen geben, was Hitze bewirkt und wie man sich schützen kann, und Punkte des Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetzes sollten auch in anderen Kollektivverträgen oder in einem Generalkollektivvertrag übernommen werden. Gerade vor dem Hintergrund fehlender Arbeitskräfte ist es unbedingt nötig, den Arbeitsschutz bei Hitzebelastung zu verbessern.

GewerkschaftspionierInnen

Ein Leben für die Land- und ForstarbeiterInnen

Pius Schneeberger setzte sich sein Leben lang für verbesserte Arbeitsbedingungen der Land- und ForstarbeiterInnen ein, deren Arbeitgeber bis 1921 noch das Züchtigungsrecht hatten. Der PRO-GE Pionier würde heuer seinen 130. Geburtstag feiern.



Deshalb war es auch ein Erfolg, als für sie 1921 die bis dahin seit dem 18. Jahrhundert geltenden Dienstbotenordnungen abgelöst wurden, auch wenn die Landarbeitsordnungen in allen Bundesländern unterschiedliche Regelungen enthielten. Denn die Dienstbotenordnungen räumten dem Arbeitgeber etwa das Züchtigungsrecht ein, und DienstbotInnen wurden entlassen, wenn sie sich abfällig über die verabreichte Kost äußerten, Versammlungen waren verboten. Der starke Mitgliederzuwachs, die Eingliederung anderer Verbände, eine schlechte Führung und stark steigende Preise trieben den Verband beinahe in den Bankrott. 1925 übernahm der Funktionär und Nationalratsabgeordnete Pius Schneeberger die Obmannschaft, reorganisierte und rettete damit den Verband. Seine Anträge auf ein Landarbeiter-Rahmengesetz, das einheitliche Richtlinien für die Gesetzgebung der Länder beinhaltete, wurden allerdings abgelehnt.

Staatsbürger zweiter Klasse. Während der Nazi-Herrschaft arbeitete Schneeberger als einfacher Forstarbeiter. Zweimal wöchentlich musste er sich bei der Polizei melden und nach dem missglückten Attentat auf Hitler 1944 wurde er aus Staatsicherheitsgründen für einen Monat inhaftiert. Gleich 1945 wurde Schneeberger wieder Nationalratsabgeordneter der SPÖ, 1946 wählte man ihn erneut zum Vorsitzenden der Gewerkschaft der Land- und Forstarbeiter, was er bis 1961 blieb.

Kampf für einheitliche Schutzgesetze.

Sein erstes Ziel nach dem Krieg war die Verabschiedung des Landarbeitersgesetzes, was im Juni 1948 endlich gelang, auch wenn es weiterhin Ausführungsgesetze in den einzelnen Bundesländern brauchte. Unter Schneeberger wurde auch das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz von 1955 verabschiedet, das auch für die Land- und ForstarbeiterInnen galt, ebenso das land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsgesetz von 1952. Dass es noch bis 1. Jänner 2020 dauern sollte, bis eine Änderung der Gesetzgebungskompetenz in Kraft trat, was den Weg zu einem einheitlichen Landarbeitsgesetz frei machte, hätte er wohl nicht geglaubt. Pius Schneeberger starb mit 76 Jahren, am 15. Februar 1969, in Wien.

Für Land- und ForstarbeiterInnen galten immer besondere Regelungen. Vom 18. Jahrhundert bis ins Jahr 1921 waren dies die Dienstbotenordnungen, in der Ersten Republik die Landarbeitsordnungen – in jedem Bundesland separat. Während des Austrofaschismus und Nationalsozialismus wurden die Regelungen teilweise aufgehoben. Nach 1945 galten wieder die Landarbeitsordnungen, bis 1948 endlich das Grundsatzgesetz, das Landarbeitsgesetz, verabschiedet wurde.

Sozialgesetze für (fast) alle. Das Fundament dafür legte Pius Schneeberger. Der gelernte Forstarbeiter wurde 1892 in Neuwald geboren und war von 1925 bis 1934 Obmann des Österreichischen Land- und Forstarbeiterverbandes. Nach Ende des Ersten Weltkrieges wuchs der Verband sowohl an Mitgliedern (Höchststand 1922 mit 71.500) als auch an Berufsgruppen. Die Sozialgesetzgebungsphase ab 1918 brachte zahlreiche Verbesserungen für die ArbeitnehmerInnen, u. a. den Achtstundentag, Unfall-, und Arbeitslosenversicherung oder das ArbeiterInnenurlaubsgesetz. Für die Land- und ForstarbeiterInnen galt all das nicht.



Achtung Kamera



77 JAHRE MITGLIEDSCHAFT

Kollege Ernst Kienesberger (Dritter von rechts) wurde für seine 75-jährige Mitgliedschaft geehrt. Eigentlich hätte das Jubiläum schon vor zwei Jahren gefeiert werden sollen, wurde aber coronabedingt auf 2022 verschoben. Kollege Kienesberger ist seit 1945 Gewerkschaftsmitglied und war im ehemaligen Steyrmühl-Konzern beschäftigt. Die „Glück auf!“ gratuliert herzlich zu 77 Jahren Mitgliedschaft.



ARBEITERBETRIEBSRAT

Erstmals wurde ein eigener Arbeiterbetriebsrat bei der Firma Croma Pharma gewählt. Das Team rund um Franz Weikhart kümmert sich ab jetzt um die Belegschaftsinteressen.

Am Bild v. l. n. r.: Naser Alija, Eva Diana Goritschnig, Franz Weikhart, Thomas Zangger.



LAAKIRCHEN PAPER AG

Werner Leitner und sein Team wurden bei Laakirchen Paper AG mit überwältigender Mehrheit der Stimmen als BetriebsrätInnen bestätigt.

Im Bild v. l. n. r. BRV-Stellvertreter Manfred Schatzl, BRV Werner Leitner, BRV-Stellvertreter Alexander Kronberger.



BILDUNG IST WICHTIG!

Neun BetriebsrätInnen der PRO-GE Niederösterreich haben die BetriebsrätInnen-Akademie (BRÄK) der Arbeiterkammer NÖ im heurigen Jahr erfolgreich absolviert.

70 JAHRE MITGLIEDSCHAFT

Adalbert Ogris (Bildmitte) wurde für 70 Jahre Mitgliedschaft bei der Gewerkschaft geehrt. „Seit Beginn meines Arbeitslebens bin ich Mitglied bei der Gewerkschaft und auch heute noch besonders stolz darauf. Gewerkschaften kümmern sich täglich um die Anliegen und Interessen der ArbeitnehmerInnen in unserem Land“, so der Jubilar aus Kärnten. Die „Glück auf!“ gratuliert!



PRO-GE JUGEND

Die PRO-GE Jugend und ihr Team rund um den neuen Jugendvorsitzenden Benjamin Liedlbauer. Im Bild v. l. n. r. Jonas Maureder, Benjamin Liedlbauer, Florian Kocagat, Vivian Bauer, Stefan Laufenböck.



JVR-CUP IN TIROL

Der erste JVR-Cup in Tirol war ein voller Erfolg. 30 JugendvertrauensrätInnen haben im Team-Wettkampf ihr Wissen und ihre Geschicklichkeit unter Beweis gestellt.



NEUE MITGLIEDER BEIM ARBÖ

Im Rahmen der Betriebsratswahl beim ARBÖ konnten in Oberösterreich rund 25 neue Gewerkschaftsmitglieder gewonnen werden. Das Team rund um Thomas Parzer wurde mit 98 Prozent Zustimmung gewählt.



Alles was Recht ist

Urteil: Kündigungsanfechtung von Leiharbeiter erfolgreich

Es ist eine richtungweisende Entscheidung, die das Oberlandesgericht Wien Ende 2021 im Falle eines Leiharbeiters getroffen hat. Denn erstmals kam ein Paragraf zur Anwendung, der klarstellt, dass auch für überlassene Arbeitskräfte im Beschäftigerbetrieb Gleichbehandlungsvorschriften und Diskriminierungsverbote gelten. Damit ist geklärt, dass die Beendigung einer Überlassung nicht aus verpönten Motiven erfolgen darf.

Ein Leiharbeiter, der seit Februar 2018 als Arbeiter in ein Wiener Kraftwerk überlassen war, wandte sich erstmals an die Produktionsgewerkschaft, weil er in einem Kraftwerk in einem anderen Bundesland eingesetzt werden sollte. Er hatte zu diesem Zeitpunkt bereits freiwillig kurze Einsätze in anderen Kraftwerken in der Nähe absolviert. Nun legte man ihm aber dar, dass der bevorstehende Arbeitseinsatz womöglich länger dauern könnte – unter Umständen sogar bis zum Ende der Überlassung – und er nur an Wochenenden heimreisen könnte.

Gekündigt, weil Rechte eingefordert. „In seinem Arbeitsvertrag war als Dienort und Einsatzbereich

Wien definiert, als Einsatzort sogar das Kraftwerk Freudenu. Also trat er seinen Dienst am 28. September 2020 nach Absprache mit uns nicht wie vom Beschäftiger gefordert in Ybbs an, sondern in der Freudenu, woraufhin der Kraftwerksleiter noch am selben Tag das Ende der Überlassung aussprach“, erzählt Christian Illitz aus der Rechtsabteilung der PRO-GE. Bereits am 7. Oktober wurde ihm von der Überlasserfirma das Kündigungsschreiben übergeben. Eine Kündigungsanfechtung des Leiharbeiters folgte mit der Begründung, dass die Beendigung nur erfolgte, weil der Leiharbeiter ein Recht aus seinem Arbeitsvertrag geltend machte, nämlich nicht außerhalb Wiens eingesetzt zu werden.

Präzedenzfall rechtswirksam. Der Kündigungsanfechtung wurde auch nach Be-

rufung durch den Arbeitgeber stattgegeben, das ist somit die erste rechtskräftige Entscheidung in zweiter Instanz zu § 6a Arbeitskräfteüberlassungsgesetz. Damit ist klar: Eine Kündigung ist rechtsunwirksam, wenn die Rückstellung zum Überlasser deshalb erfolgte, weil der/die ArbeitnehmerIn seine/ihre Rechte einfordert. Dies stellt eine Kündigung aus verpönten Motiven dar. Eine – wie von der Berufung gewünschte – Differenzierung zwischen Dienstreise und Versetzung sei zudem rechtlich unerheblich, da auch eine Dienstreise aufgrund der arbeitsvertraglichen Vereinbarung auf Wien zu beschränken war. Das Oberlandesgericht stellte außerdem klar, dass vor der Kündigung die Möglichkeit zur Weiterbeschäftigung auch bei anderen Arbeitgebern in einem angemessenen Zeitraum und für sämtliche Tätigkeiten, die der Leiharbeiter auszuüben bereit und in der Lage ist, geprüft werden muss. Ohne eine solche Prüfung könne keine betriebsbedingte Notwendigkeit zur Kündigung gegeben sein, schließlich sei der Überlasser nach dem Verständnis der Arbeitskräfteüberlassung verpflichtet, das Risiko der Auslastung der vereinbarten Arbeitszeit zu tragen.

Hotel Bad Hofgastein

Sommer in Gastein

2022

Ein Tal, das neue Lebenskraft schenkt.

Das **Sommerangebot** in Gastein ist vielfältig: Wanderer und Naturliebhaber genießen das rund 600 Kilometer große Wegenetz oder nutzen das Angebot der vier Erlebnisberge, um hoch hinaus auf die Gipfel des Tales zu gelangen. Genussradler und Mountainbiker probieren die unterschiedlichen Radstrecken im Tal aus und Erholungssuchende entspannen in den Thermenwelten Gasteins. Abgerundet wird der Sommerurlaub mit interessanten Events und kulinarischem Hochgenuss.

Gerne können wir für Ihren Kurzaufenthalt im Hotel Bad Hofgastein noch freie Termine anbieten:

8. Juli bis 10. Juli	6. August bis 8. August
15. Juli bis 17. Juli	19. August bis 21. August
22. Juli bis 24. Juli	27. August bis 28. August
4. August bis 6. August	3. September bis 4. September

Auch einige andere Termine sind noch verfügbar, wir freuen uns auf Ihre Anfrage!

Leistungen

- reichhaltiges Frühstücksbuffet
- Abendbuffet oder wahlweise Mittagessen
- freier Eintritt in die Alpentherme Gastein (mit Relax-, Family-, Sauna- & Ladies World)

Die Therme ist bequem durch einen unterirdischen Verbindungsgang direkt vom Hotel aus im Bademantel erreichbar. Die Gratisbenützung der Alpentherme Gastein beginnt mit der Entgegennahme des Zimmerschlüssels ab 15:00 Uhr und endet am Vorabend des Abreisetages zu Betriebsschluss der Alpentherme.



Reservierung & Information

Telefon: (01) 53 444-69707

E-Mail: urlaub@proge.at

PRO-GE Urlaub & Seminar GmbH

1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

www.proge-urlaub.at

PRO-GE Mitgliederpreise

pro Person und Nacht

Erwachsene	€ 79,00
Jugendliche (15 bis 17 Jahre)	€ 48,50
Kinder (6 bis 14 Jahre)	€ 30,50

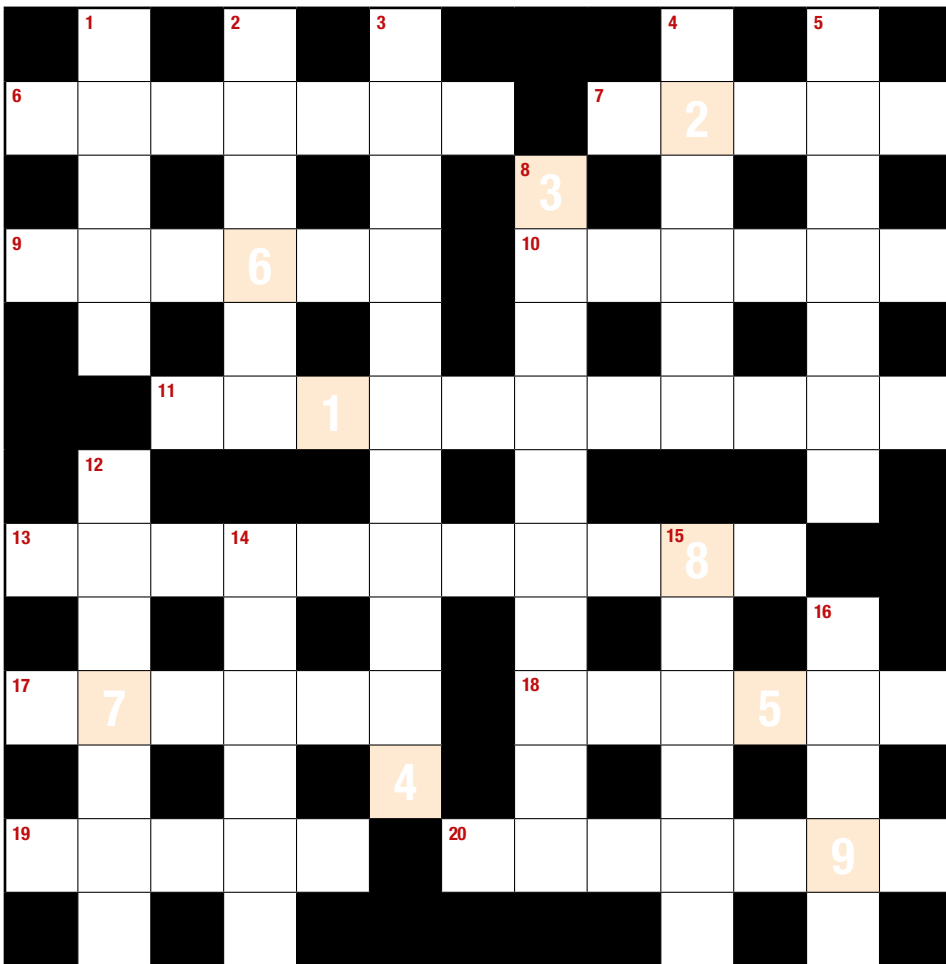
Preis pro Person inklusive aller Abgaben
exklusive Nächtigungsabgabe

Preisrätsel



Zu gewinnen gibt es
2 PRO-GE Trolleys

HINWEIS: Die Buchstaben in den unterlegten Kästchen ergeben aneinandergereiht die Lösung auf Schiene.



Schicke das Lösungswort mit **Namen, Mitgliedsnummer, Adresse** bis 31. August 2022 an **PRO-GE**, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien (bitte ausreichend frankieren) oder per Mail an glueckauf@proge.at

Waagrecht:

- 6 Soziale Szenen werden bei Durcheinander um *Liesi* sichtbar (Mz.)
- 7 Sie muss antreten, wer sich flugfrei auf feriales Fortkommen freut
- 9 Was der Knochenmann braucht, um klappernd in Bewegung zu kommen (Ez.)
- 10 Sommerfrische im Salzkammergut ist dort gewiss nicht drin(!)?
- 11 Naturgemäße Wuchsform von E-Verbindungen? Mangelware von S. 13! (Mz.)
- 13 Teuerungsdämpfung: Wenn ich im Pkw zu dritt reise,/ stören nicht so sehr die hohen –!
- 17 Was misst die Mathematikerin grad-uell, wenn die G'schicht ein Eck' hat?
- 18 Wie derzeit vieles wird, ist es uns nicht recht – und schon gar nicht billig (siehe S. 5)
- 19 Afrikanisches Wappentier des Schutzweges
- 20 Beim Altwarentandler zu haben: Aufforderung zur Aufschiebung, gleichsam regierungsartig? (siehe auch S. 5)

Senkrecht:

- 1 Deutsche Berglandschaft führt ffast zum Pariser Turmkonstrukteur
- 2 Vornämlich tschechische Autorin fand in ihrer Korrespondenz manches Kafkaeske
- 3 Vor dem In-die-Hände-spucken: Was tun mit den Ärmeln? (siehe S. 7)
- 4 Tieftöner geben im Ensemble auch gern Kontra ... (Mz.)
- 5 Was im Schläfe dir erscheint/ und sich auf 11 waagrecht reimt (Mz.)
- 8 50% von der Aufstiegshilfe beim Kirschenpflücken? Ohne sie geht in der Elektronik konduktiv gar nichts! (siehe S. 13)
- 12 Was Besser-Esser im Restaurant bestellen – und dann tun
- 14 Quasi zentral gelegen? Beschreibung von Bienezüchters Beschäftigung! (1-2 Worte)
- 15 Folgsam sein, wie Fährten und Fußstapfen
- 16 Alle(!) wissen, *welcher* Mann am Domplatz alljährlich ausgerufen wird

Rätsel: Vera Ribarich

LÖSUNGSWORT aus der vorigen Ausgabe **GLÜCK AUF! ERSTER MAI**

Ausgabe 1/2022 GLÜCK AUF! Je 2 Karten für die Schloss-Spiele Kobersdorf gewinnen:

Peter Trieb, 8160 Weiz; Wolfgang Kriegler, 1150 Wien



Ein Ersuchen des Verlages an die/den Briefträger/in:

Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

Straße/Gasse / Haus-Nr. / Stiege/ Stock/ Tür

Postleitzahl / Ort

Besten Dank



HURRAAAA!
Das Urlaubsgeld ist da!

PRO-GE
DIE PRODUKTIONSGEWERKSCHAFT

Urlaubs- und Weihnachtsgeld sind nur im Kollektivvertrag geregelt, den deine Gewerkschaft jedes Jahr verhandelt. Es gibt kein Gesetz, das eine Auszahlung vorschreibt.